

Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot
Band: 221 (1948)
Rubrik: Weltchronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 27.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltchronik

(Vom 1. Juli 1946 bis 30. Juni 1947)

Die zwölf Monate, über die der Chronist zu berichten hat, begannen mit künstlichem Blich und Donner: mit dem Abwurf einer Atombombe auf Bikini durch die Amerikaner am 1. Juli. Glücklicherweise war dann die Fortsetzung im allgemeinen weniger kriegerisch und sensationell. Im Vergleich zum Beginn zeigt das Jahr sogar ein ziemlich friedliches Gesicht. Aber ein wirkliches Friedensjahr ist aus ihm leider nicht geworden, trotz der Friedenskonferenz und trotzdem die ersten fünf Friedensverträge auch tatsächlich bereinigt und unterzeichnet werden konnten.

Was sich dem wahren Frieden auch im Berichtsjahr immer wieder hindernd in den Weg gestellt hat, das waren nicht nur die ungeheuren Trümmerhaufen, die der Krieg überall als Erbe zurückgelassen hat und für deren Beseitigung noch Jahre und wohl Jahrzehnte nötig sein werden, waren nicht nur die sozialen Spannungen und Konflikte, die sich in zahlreichen Ländern fühlbar machten und den Wiederaufbau hemmten. Das Haupthindernis bildeten vielmehr die oft tiefgreifenden politischen Meinungsverschiedenheiten und die Rivalitäten zwischen den Siegerstaaten, vor allem zwischen den Großmächten. Der Gegensatz zwischen Ost und West, zwischen der Sowjetunion einerseits und den angelsächsischen Mächten Großbritannien und den Vereinigten Staaten andererseits, trat dabei vielfach noch stärker in den Vordergrund, als dies schon im vorhergehenden Berichtsjahr der Fall gewesen war. Es gab keine internationale Konferenz, weder dort, wo die Siegernationen des zweiten Weltkrieges unter sich verhandelten, noch im weiteren Rahmen der UNO, wo auch ehemals neutrale und nicht direkt am Kriege beteiligte Staaten am Verhandlungstisch saßen, ohne daß irgend einmal in einer Verhandlungsphase diese Spaltung in zwei Lager deutlich in Erscheinung getreten wäre. Sie erschwerte und verzögerte immer wieder die Lösung der entscheidenden Probleme, und mehr als eine Konferenz ist an diesem Gegensatz gescheitert.

So steht denn die Welt am Ende des Berichtsjahres noch ungefähr dort, wo sie schon an seinem

Beginn stand. Nur um wenige Schritte ist sie auf dem Weg zum Frieden vorwärtsgekommen. Immerhin ist eine ganze Reihe von Problemen geklärt, sind zahlreiche strittige Fragen, die sich auf die Friedensregelung beziehen, wohl endgültig entschieden worden. Aber zu einem großen Teil hängen diese Beschlüsse vorläufig noch in der Luft, weil sie erst dann wirksam werden können, wenn auch für die Hauptprobleme eine Lösung gefunden sein wird. Dies ist die schwierige Aufgabe, die eine ungewisse Zukunft der Welt stellt.

* * *

Zunächst nun ein Rückblick auf die wichtigsten internationalen Verhandlungen und Konferenzen: An erster Stelle ist hier die Friedenskonferenz in Paris zu nennen, die Ende Juli begann, bis Mitte Oktober dauerte und sich mit den Friedensverträgen für Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland zu befassen hatte. Diese Verträge für die fünf ehemaligen sogenannten „Satelliten“-Staaten Deutschlands waren gemäß dem Beschluß der Außenminister Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und Rußlands vorher schon durch die Außenminister der „Großen Vier“, also Englands, der USA., der UdSSR. und Frankreichs, ausgearbeitet worden, und zwar in wochenlangen Verhandlungen, die bereits im Mai 1946 ebenfalls in Paris begonnen und nach einem längeren Unterbruch gegen Mitte Juli ihr Ende gefunden hatten. Die von den „Großen Vier“ ausgearbeiteten Vorschläge erlitten jedoch auf der Friedenskonferenz, vor der nun auch die Besiegten ihre Auffassungen darlegen konnten, noch verschiedene Abänderungen.

Es würde zu weit führen, hier den Inhalt der Friedensverträge im einzelnen zu skizzieren. Immerhin seien einige wesentliche Beschlüsse und Entscheidungen erwähnt, namentlich soweit sie Grenzregelungen betreffen. Dazu gehört einmal der Beschluß über die Internationalisierung von Triest. Dieser italienische Adriahafen wurde von Jugoslawien beansprucht, wird nun aber mit seiner weitem Umgebung als „internationales Territorium“ unter der Kontrolle der UNO verwaltet werden, wofür ein besonderes Statut ausgearbeitet worden ist. Dagegen hat Italien fast

ganz Istrien mit den Häfen Fiume und Pola und die Inseln vor der jugoslawischen Küste an Jugoslawien abzutreten. Südtirol, für dessen Rückgliederung an Österreich gute Gründe sprachen, bleibt bei Italien; doch wurde während der Friedenskonferenz zwischen den Außenministern der beiden Länder ein Abkommen getroffen, das für die Südtiroler nun in bezug auf Verwaltung und Sprache eine weitgehende Autonomie und auch wirtschaftliche Erleichterungen für den Verkehr mit Österreichisch-Tirol vorsieht. An Griechenland verliert Italien die Inseln des Dodekanes und an Frankreich einige Grenztäler und die Gemeinden Briga und Tenda. Es verzichtet ebenfalls auf seine früheren Kolonien, doch soll über deren Schicksal erst später endgültig entschieden werden. Rumänien tritt an Rußland die Nordbukowina und Bessarabien ab und überläßt die Dobrußja Bulgarien. Bulgarien seinerseits hat an Jugoslawien Nordmazedonien und an Griechenland Ostthrazien abzutreten. Ungarn muß sich auf seine Grenzen von 1938 zurückziehen, also die besetzten slowakischen Gebiete an die Tschechoslowakei und Siebenbürgen an Rumänien und teilweise auch an Jugoslawien zurückgeben. Finnland endlich verliert das Gebiet von Petsamo und Teile Kareliens sowie die Stadt Wiborg an Rußland. Im übrigen haben alle Besiegten ihre Armeen bis auf eine durch die Verträge vorgeschriebene Stärke abzurüsten und Millionenbeträge an Dollars als Reparationen an die Sieger zu bezahlen.



Philipp Etter
Bundespräsident für das Jahr 1947
Photopress, Zürich

Nach Abschluß der Pariser Friedenskonferenz tagten die Außenminister der „Großen Vier“ von Anfang November bis gegen Weihnachten noch einmal in New York, wo gleichzeitig die zweite Session der UNO stattfand, um den Text der Friedensverträge endgültig festzulegen, worauf die Verträge am 10. Februar 1947 in Paris unterzeichnet wurden. Am Unterzeichnungsakt selber gestatteten die Sieger keinerlei Protesterklärungen der Besiegten, doch legten diese in jenen Tagen durch Erklärungen in ihren Parlamenten oder durch Memoranden an die Mächte vor der Weltöffentlichkeit Verwahrung gegen die ihnen ungerecht scheinenden Vertragsbestimmungen ein. Einzig Finnland erhob keinen Protest. Indessen sind die Friedensverträge bis zum Ende des Berichtsjahres noch nicht in Kraft getreten, da einige Ratifikationen, das heißt die Genehmigung der Verträge durch die Parlamente und Regierungen von Siegern und Besiegten, noch ausstehen.

Nach der Unterzeichnung der „Satelliten“-Verträge stand nun die Ausarbeitung der Friedensverträge für Deutschland und Österreich als nächste große Aufgabe bevor. Vorbereitungen hatten die sogenannten Außenminister-Stellvertreter auf einer Konferenz in London und die alliierten Kontrollräte in Berlin und Wien bereits getroffen, worauf nun die Außenminister der „Vier“ am 10. März zur Hauptberatung in Moskau zusammentraten. Allein, diese Moskauer Konferenz, die bis Ende April sich hinzog, wurde zu einem offensichtlichen Mißerfolg.

Nicht einmal der sehr weit gediehene Vertrag für Österreich konnte verabschiedet werden, weil man sich besonders über die sogenannten deutschen Guthaben, auf die namentlich Rußland Ansprüche erhob, nicht zu einigen vermochte. In bezug auf Deutschland betraf ein Hauptstreitpunkt die Frage, ob, wie Rußland es befürwortete, eine starke Zentralregierung eingesetzt oder ob, wie die Westmächte wünschten, das restliche Reich auf ausgesprochen föderalistischer Grundlage organisiert werden sollte.

Die eigentlichen Gegensätze aber lagen tiefer. Hinter allen Diskussionen spürte man immer wieder die machtpolitischen Rivalitäten und das Mißtrauen zwischen dem Osten und dem Westen, das in der allgemeinen politischen Entwicklung vielfach neue Nahrung gefunden hatte. Die „Großen“ zeigten die Tendenz, ihre errungenen Machtpositionen zu festigen oder gar zu erweitern. Der Atombombenversuch der amerikanischen Marine vom 1. Juli, der mit einem Aufwand von 120 Versuchsschiffen unternommen worden war und dem am 25. Juli ein zweiter mit einer Unterwasserexplosion folgte, weckte in Moskau ablehnende Kritik, weil man darin in erster Linie eine Demonstration der militärischen Macht der USA. sah. Ähnlich reagierte Moskau auf großangelegte Manöver, die die Amerikaner im Januar im Norden Alaskas durchführten, um die Truppen an die arktische Kälte zu gewöhnen und das Kriegsmaterial zu erproben, während gleichzeitig der amerikanische Admiral Byrd mit einer großen Expedition am Südpol ähnliche „Polaroperationen“ durchführte. Andererseits deutete der Westen den Abschluß eines jugoslawisch-albanischen Hilfspaktes, der eine Ergänzung zu den schon bestehenden und in Moskau verankerten Pakten der osteuropäischen Staaten darstellt, als weiteren Ausbau des „Ostblocks“. Als der britische Kriegspremier Winston Churchill im September in Zürich in einer Rede die „Vereinigten Staaten von Europa“ forderte, polemisierte Moskau gegen ihn, weil er einen „Westblock“ gegen Rußland errichten wolle. Auch wurde in jenen Tagen bekannt, daß die USA. und Großbritannien sich über die Angleichung der militärischen Ausbildung und Ausrüstung geeinigt hatten, worüber der britische Generalstabs-

chef, Feldmarschall Montgomery, in Washington Besprechungen führte. Ähnliche Verhandlungen sollen auf der andern Seite zwischen der Tschechoslowakei, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien und Rußland in Moskau geführt worden sein. Ferner hatte Moskau im August in einer Note an die Türkei die Revision der Dardanellen-Konvention und die russische Teilnahme an der Verteidigung der Meerengen gefordert, was die Türkei mit Zustimmung Englands und Amerikas jedoch ablehnte.

Eine neue Entwicklungsphase begann sich abzuzeichnen, nachdem im Januar die Leitung der amerikanischen Außenpolitik von Staatssekretär Byrnes an General George Marshall, den amerikanischen Generalstabschef während des Krieges, übergegangen war. Es zeigte sich bald einmal, daß die Vereinigten Staaten zu einer Politik des verstärkten Widerstandes gegen die russischen Ansprüche und gegen die Ausbreitung des Kommunismus nach dem Westen entschlossen waren. Besonders deutlich wurde dies im März, als Präsident Truman kurz nach Beginn der Moskauer Außenministerkonferenz eine Rede hielt, worin er das amerikanische Parlament um die Gewährung von Krediten zur Hilfeleistung an Griechenland, wo die Kommunisten einen hartnäckigen Kleinkrieg gegen die Regierung führten, und an die Türkei ersuchte. Truman begründete seine Forderung ausdrücklich damit, daß es in diesen Ländern die Freiheit zu wahren und einen Zusammenbruch zu verhindern gelte. Gerade auch dieser Schritt wieder zeigte aller Welt, wie sehr sich die Rolle geändert hat, die die USA. in der internationalen Politik spielen. Während in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts Präsident Monroe die nach ihm benannte „Monroe-Doktrin“ verkündet hatte, womit sich die Vereinigten Staaten gegen die Einmischung europäischer Mächte in die innern Angelegenheiten Amerikas wandten, erhoben sie nun mit der „Truman-Doktrin“ den Anspruch, in der Welt und sogar in Europa als Hüter der Ordnung aufzutreten. Dazu waren sie übrigens von Europa selber eingeladen worden, indem England erklärt hatte, daß es der griechischen Regierung nicht mehr allein helfen könne, und deshalb mit ihr gemeinsam die Vereinigten Staaten um finanzielle Hilfe

für Griechenland ersuchte. Fast zur gleichen Zeit, am 4. März, war in Dünkirchen, wo die Briten im Mai 1940 nach der Niederlage in Belgien unter schweren Verlusten ihren Rückzug nach England durchgeführt hatten, ein britisch-französischer Pakt unterzeichnet worden, der 50 Jahre dauern soll und worin sich die beiden Mächte in erster Linie gegenseitige militärische Hilfe gegen einen allfälligen neuen deutschen Angriff versprechen.

Dieser Pakt, der gleichsam eine „gegen Osten“ gerichtete Front errichtete, obgleich ja Deutschland vorläufig keine Militärmacht mehr ist, und ganz besonders die offen verkündeten Ziele der „Truman-Doktrin“ trugen wohl wesentlich mit dazu bei, daß die Moskauer Konferenz scheiterte und auch die Bemühungen des britischen Außenministers Bevin, in Moskau ebenfalls einen englisch-russischen Pakt zu erreichen, erfolglos blieben. Die Gegensätze verschärften sich um so mehr, als die „Dollar-Diplomatie“ auch auf andere Länder sich erstreckte, so beispielsweise auf Italien, wo die Kommunisten aus der Regierung ausgebootet wurden, um, wie behauptet wurde, die Bedingungen für die Gewährung amerikanischer Kredite zu erfüllen. Andererseits zog Moskau im russischen Einflußgebiet die Zügel straffer an. In Polen, Rumänien und Bulgarien lösten die kommunistisch orientierten Regierungen immer wieder neue Aktionen gegen die Opposition aus; es wurden „Verschwörungen“ aufgedeckt, und die Verhaftungswellen folgten sich. In Ungarn wurde die Kleinlandwirte-Partei, die in den Wahlen von 1945 die absolute Mehrheit über alle andern Parteien erlangt hatte, besonders schwer getroffen. Zahlreiche ihrer Parlamentarier und sogar Regierungsmitglieder wurden verhaftet, und anfangs Juni kam es zu einem förmlichen Umschwung, indem der eben in der Schweiz weilende Ministerpräsident Nagy zurücktrat, sein Beispiel



Tracht aus dem Wallis

Photo Hans Blättler, Luzern

von verschiedenen Diplomaten im Ausland befolgt wurde und in Ungarn die Verhaftungen sich häuften — was Amerika mit der Suspendierung der Kredite für Ungarn beantwortete.

Gleichzeitig wurde nun aber auch ein Versuch unternommen, um den Nervenkrieg zu über-



Luzerner Trachtenmeitsch

Photo Hans Blättler, Luzern

winden und besonders das in Europa drohende wirtschaftliche Chaos zu bannen. Der amerikanische Staatssekretär Marshall richtete am 5. Juni einen Appell an Europa, sich zu diesem Ziele zusammenzuschließen; Amerika werde Hilfe leisten und jede Regierung unterstützen, die dazu bereit sei. Dieser „Marshall-Plan“ fand in verschiedenen Hauptstädten Zustimmung; die Außenminister Englands und Frankreichs richteten eine Einladung an den russischen Außenminister Molotow, worauf die drei Außenminister Ende Juni in Paris zu einer Konferenz zusammentraten, um die Richtlinien für die Durchführung der amerikanischen Hilfe auszuarbeiten. Aber auch diese

Konferenz scheiterte nach wenigen Tagen an Meinungsverschiedenheiten zwischen den Westmächten und der Sowjetunion.

Völlig im Schatten der Großmachtpolitik stand leider auch die Tätigkeit der UNO. Von großen Erfolgen kann deshalb nicht berichtet werden. Aber dieser neue Völkerbund ist ja auch noch jung, und wenigstens sein organisatorischer Ausbau hat Fortschritte gemacht. Während seiner zweiten Generalversammlung, die am 23. September in Flushing in New York eröffnet wurde und bis Mitte Dezember dauerte, wurden Afghanistan, Island, Schweden und Siam als neue Mitglieder aufgenommen, und mit 46 gegen 7 Stimmen wurde beschlossen, daß New York endgültig Sitz der Organisation werden soll. Im September tagte in Kopenhagen erstmals das besondere Organ für Ernährung und Landwirtschaft, die FAO (Food and Agriculture Organisation), und im November in Paris die UNESCO (United Nations Educational Scientific and Cultural Organisation), die zur Behandlung von Fragen der Erziehung, Wissenschaft und Kultur ins Leben gerufen worden ist. Der FAO und der UNESCO können auch Staaten angehören, die nicht Mitglieder der UNO sind, weshalb sich die Schweiz an beiden Tagungen vertreten ließ und bei beiden Organisationen mit Erfolg um die

Mitgliedschaft nachsuchte, die jedoch erst später rechtskräftig werden wird. Endlich sei noch erwähnt, daß die Militärkommission der UNO nach mehr als einjährigen Beratungen im Mai ihre Vorschläge für die in der Charta der Vereinten Nationen vorgesehene Weltpolizeimacht veröffentlicht hat: die nötigen Truppenkontingente sollen in erster Linie die Großmächte stellen, doch ist vorgesehen, sie lediglich zur Verhinderung von bewaffneten Konflikten zwischen den kleineren Staaten einzusetzen. Bis zur Verwirklichung auch dieser Vorschläge dürfte indessen noch viel Zeit vergehen.

* * *

Neben den Schwierigkeiten der internationalen Politik hatten sich die großen und kleineren Mächte aber auch mit ernsthaften wirtschaftlichen Sorgen und mit den Problemen der Innenpolitik auseinanderzusetzen. In Frankreich, wo im Oktober eine neue Verfassung durch Volksabstimmung mit 9 gegen 8 Millionen Stimmen angenommen worden war, wurde im November die neue Nationalversammlung und im Dezember als zweite Kammer der „Rat der Republik“ gewählt. Erster Präsident der „Vierten Republik“ wurde der Sozialist Vincent Auriol. Nach diesen politischen Entscheidungen machte eine fast ununterbrochene Kette von Streiks und Demonstrationen es den sich folgenden Regierungen Blum und Ramadier unmöglich, mit einer umfassenden Preissenkungsaktion gegen die zunehmende Inflation wirksam anzukämpfen. Im April gründete General de Gaulle unter dem Namen „Rassemblement du Peuple Français“ eine neue Partei und trat gegen die eben erst angenommene Verfassung auf. Ende Juni wurde sogar ein regelrechtes Komplott rechtsextremer Elemente aufgedeckt, das die Einführung einer Art von Militärdiktatur zum Ziele hatte. Aufstände gegen die französische Herrschaft in Indochina und auf der Insel Madagaskar führten zu blutigen und kostspieligen Kämpfen, und alle diese Wirren trugen nicht eben dazu bei, das Ansehen Frankreichs in der Welt zu festigen.

Auch England litt zeitweise unter ernststen Krisen vorwiegend wirtschaftlicher Natur: Mangel an Arbeitskräften, Streiks, Kohlen- und Warenmangel zwangen die Regierung besonders in den Monaten nach Neujahr zu einschneidenden Sparmaßnahmen. Daneben häuften sich die Schwierigkeiten in den überseeischen Gebieten. In Palästina führten jüdische Terroristengruppen einen hartnäckigen und blutigen Kampf gegen die britischen Truppen. Ein englischer Plan zur Teilung des Heiligen Landes in einen jüdischen und einen arabischen Staat stieß bei beiden Parteien auf Ablehnung, so daß sich die britische Regierung schließlich entschloß, die Lösung des Problems der UNO zu überlassen. Auch in Ägypten wurden auf den Garnisonen die britischen Flaggen eingezogen und die Truppen aus den Städten nach der Suezkanalzone verlegt, um den Forderungen

der Ägypter nach Unabhängigkeit entgegenzukommen. In Indien wurde die britische Herrschaft ebenfalls abgebaut. Anfangs September trat erstmals eine indische Regierung unter dem Kongreßführer Pandit Nehru ins Amt, und im Dezember wurde eine verfassungsgebende Versammlung eröffnet. Die Ausöhnung von Hindus und Mohammedanern, zwischen denen es immer wieder zu blutigen Zusammenstößen kam, gelang aber nicht, und London schlug schließlich die Zweiteilung Indiens in einen Hindustaat (Hindustan) und einen Mohammedanerstaat (Pakistan) vor. Zudem gab die britische Regierung bekannt, daß die ganze Macht in Indien spätestens im Juni 1948 einer verantwortlichen indischen Regierung übertragen werde. Einen ähnlichen „Rückzug“ trat England auch in Burma an, und die Labour-Regierung bekam von der konservativen Opposition bittere Worte über diese „Liquidation des Britischen Reiches“ zu hören. Einzig zur Südafrikanischen Union wurden die Beziehungen durch einen mehrwöchigen Besuch der englischen Königsfamilie enger geknüpft.

Daß auch die Sowjetunion krisenhafte Zeiten durchmachte, ging aus Nachrichten hervor, die besonders im August über eine neue „Säuberungsaktion“ durchsickerten. Auch sprach ein Tagesbefehl Stalins zum 29. Jahrestag der Oktoberrevolution ausdrücklich von „zeitweiligen Schwierigkeiten als Folgen des Krieges“, die besonders in der Landwirtschaft aufgetreten seien. Die „Wahlen“ nach Neujahr ergaben dann allerdings den dortzulande üblichen 99prozentigen Sieg für die kommunistische Partei. Im übrigen ist Moskau mit den revolutionären Parolen eher sparsam umgegangen, was auch darin sich zeigte, daß die Bezeichnung „Rote Armee“ in aller Stille in „Bewaffnete Streitkräfte der Sowjetunion“ abgeändert worden ist.

Was den vierten der „Großen Vier“, die Vereinigten Staaten betrifft, so ist hier als politisch wichtigstes Ereignis die Neuwahl des Parlaments, des Kongresses, zu nennen. Zum erstenmal seit über einem Duzend Jahren erlangten dabei die Republikaner sowohl im Repräsentantenhaus wie im Senat wieder die Mehrheit. Im übrigen erlebten die USA. nach einem Wort ihres Finanzministers „eine Periode



Jodler aus dem Kanton Genf am Jodlerfest in Luzern

Photo Hans Blättler, Luzern

großartiger Prosperität“. Aber auch sie blieben nicht krisenfrei. Im September legte ein Seeleutestreif rund 2500 Schiffe still und beeinträchtigte die Lebensmittelversorgung Europas; zu Beginn des Winters trug ein dreiwöchiger Grubenarbeiterstreik wesentlich zur Verschärfung der allgemeinen Kohlenkrise bei. Und als dann Ende Juni der Kongreß gegen das Veto des Präsidenten Truman ein Arbeitsgesetz annahm, das die Streikfreiheit einschränkte, löste dies eine neue Streikwelle aus.

Die „Großen Vier“ hatten jedoch nicht nur für die Ordnung im eigenen Haus zu sorgen, sondern tragen, solange die Friedensverträge noch nicht in Kraft sind, weitgehend auch die Verantwortung für die Zustände und die politischen Verhältnisse in den immer noch besetzten Ländern. Und da ist leider nicht viel Rühmliches zu berichten. In allen vier Besetzungszonen Deutschlands, ferner in Rumänien

und teilweise auch in Österreich und Italien kam es wiederholt zu schweren Versorgungs- krisen. In gewissen Gebieten litt die Bevölkerung wochenlang unter Hunger; fast überall blieben die Lebensmittelrationen dauernd ungenügend, und als Folge davon breiteten sich Krankheiten aus und erhöhte sich die Sterblichkeit. Während des ungewöhnlich harten Winters fehlte zudem die Kohle zu Heizwecken, die Abgabe von Gas und Elektrizität wurde auf Stunden beschränkt oder ganz eingestellt. Not und Elend waren für Millionen Menschen das tägliche Brot. Trotz der Erkenntnis, daß besonders in Deutschland das Zonenregime, das die wirtschaftlichen Verbindungen zwischen den einzelnen Zonen unterband, an diesen Verhältnissen weitgehend mitschuldig war, gelang es den vier Besetzungsmächten nicht, sich auf eine einheitliche Politik zu einigen. Jede suchte in erster Linie ihren eigenen Vorteil; so wurde beispielsweise im Dezember das Saargebiet zollpolitisch Frankreich angegliedert. Kurz vorher hatten immerhin Engländer und Amerikaner sich geeinigt, ihre beiden Zonen wirtschaftlich zusammenzuschließen. Auch politisch verfolgte jede Macht vor allem ihre eigene Linie. Gemeindewahlen wurden in den einzelnen Zonen zu verschiedenen Zeitpunkten durchgeführt; in den Westzonen fanden auch Wahlen für neue Länderparlamente statt, und in Bayern und Großhessen sowie in Württemberg-Baden wurden in Volksabstimmungen Verfassungen angenommen. Daneben wurde die Säuberung in ungezählten Prozessen fortgesetzt. Am 1. Oktober fällte auch das alliierte Militärgericht das Urteil im Nürnberger Prozeß gegen die „Hauptkriegsverbrecher“, das für Göring und elf weitere Angeklagte auf Tod durch den Strang, für acht auf Zuchthaus und für drei auf Freispruch lautete; unter den Freigesprochenen befand sich auch der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht, der hierauf von einem deutschen Entnazifizierungsgericht zu acht Jahren Arbeitslager verurteilt wurde. An Staatsprozessen außerhalb Deutschlands sind zu erwähnen: derjenige gegen den jugoslawischen General Mihailowitsch, der seinerzeit als erster den Partisanenkrieg gegen die Deutschen eröffnet, aber auch das Regime Titos bekämpft hatte und nun zum Tode

verurteilt und hingerichtet worden ist, sowie der Prozeß gegen den Präsidenten der Slowakei während Hitlers Herrschaft, den katholischen Geistlichen Tiso, der das gleiche Schicksal erlitt.

Das Berichtsjahr brachte auch in einigen monarchisch regierten Staaten Veränderungen. In Griechenland und Bulgarien fanden im September Volksabstimmungen statt, wobei Bulgarien die Monarchie abschaffte, während Griechenland sich für die Monarchie entschied, so daß König Georg II. wieder aus London nach Athen zurückkehren konnte. Er starb jedoch bereits ein halbes Jahr später, worauf sein Bruder als Paul I. den Thron bestieg. In Dänemark trauerte das ganze Volk um seinen im April verstorbenen König Christian X., der sich besonders durch seine feste Haltung gegenüber der deutschen Besetzung große Sympathien erworben hatte; ihm folgte sein Sohn Frederik IX. auf den Thron. Sodann hat in Spanien General Franco am 1. April die Wiedereinführung der Monarchie verkündet, allerdings ohne sich mit dem im Exil lebenden Thronanwärter Don Juan einigen zu können. So ist Spanien seither, ähnlich wie Ungarn zwischen den beiden Weltkriegen, ein Königreich ohne König.

Im Fernen Osten stand die politische Entwicklung weitgehend im Zeichen der amerikanischen Vorherrschaft und auch im Schatten der amerikanisch-russischen Rivalitäten und Spannungen. Das von den Amerikanern besetzte und demokratisierte Japan wählte im April ein neues Parlament, wobei sich Sozialisten und Liberale als stärkste Parteien erwiesen. Anfangs Mai trat eine neue Verfassung an Stelle derjenigen von 1889 in Kraft. Auch in China hat die von der Regierung in Nanking einberufene Nationalversammlung erstmals für dieses Ries Reich eine Verfassung beraten und angenommen. Eine Verständigung mit den chinesischen Kommunisten konnte jedoch trotz monatelanger amerikanischer Vermittlung nicht erreicht werden; der Bürgerkrieg, der nur vorübergehend ruhte, hat dem Lande neue schwere Wunden geschlagen. Endlich sei registriert, daß die Philippinen, wo die Amerikaner Stützpunkte unterhalten, im Juli als Republik proklamiert wurden und daß zwischen Holland und seinen Südseebesitzungen nach

wiederholten Kämpfen und langwierigen Verhandlungen in Batavia ein Abkommen erzielt worden ist, das die Gründung der „Vereinigten Staaten von Indonesien“ im Rahmen des Niederländischen Reiches anerkennt.

Was endlich Südamerika betrifft, so kam es auch diesmal wieder zu verschiedenen Putsch. Erwähnt seien diejenigen in Bolivien und Nicaragua, die beide für die Rebellen erfolgreich verliefen, und ein Militärputsch in Paraguay, der einen mehrere Monate dauernden Bürgerkrieg nach sich zog.

* * *

An die Spitze der eidgenössischen Chronik seien auch diesmal jene Ereignisse und Entscheidungen gestellt, die mit der Außenpolitik zusammenhängen. Weiter vorne wurde bereits erwähnt, daß die Beziehungen zu zwei Unterorganisationen der UNO aufgenommen worden sind, zur FAO, der Landwirtschaftsorganisation, und zur UNESCO, der Kulturorganisation. In der gleichen Linie lag das vom Bundesrat im Oktober gestellte Gesuch um Beitritt zum Internationalen Gerichtshof im Haag, dem ebenfalls entsprochen wurde. Die Frage der Mitgliedschaft bei der UNO selber ist aber immer noch nicht aktuell, weil die Satzungen dieses neuen Völkerbundes neutrale Mitglieder nicht kennen, die Schweiz aber nicht daran denken kann, ihre Neutralität preiszugeben. Immerhin war sie auf der zweiten ordentlichen UNO-Generalversammlung in New York durch Beobachter vertreten. Zur gleichen Zeit wurde ein Briefwechsel zwischen dem Bundesrat und dem Generalsekretär der UNO, Trygve Lie, über die Benützung der Völkerbundsgebäude in Genf durch die UNO veröffentlicht; zwei Monate vorher hatte Lie die Schweiz besucht und mit unsern Behörden Besprechungen geführt. Die Folge dieser Verhandlungen war, daß Genf gleichsam zur europäischen Filiale der UNO geworden ist, bereits verschiedene Tagungen von UNO-Kommissionen beherbergte und damit einen Teil der früheren Bedeutung als Völkerbundsstadt zurückgewonnen hat.

Auch sonst zeigte sich in vermehrtem Maße die Tendenz, internationale Konferenzen ver-

schiedenster Art in der Schweiz abzuhalten; erinnert sei etwa an die Tagung des Frauen-Weltbundes in Interlaken, an den 22. Zionistenkongress in Basel, an den Internationalen Kongress der Militärärzte ebenfalls in Basel, an die Tagung des internationalen PEN-Clubs, die bedeutende Dichter und Schriftsteller aus aller Welt in Zürich vereinigte, und an den Internationalen Eisenbahnkongress in Luzern. Weit über unsere Grenzen hinaus wurde auch der Besuch beachtet, den im Herbst der britische Kriegspremier Winston Churchill unserem Lande abstattete. Churchill hatte drei Wochen Ferien am Genfer See verbracht, besuchte anschließend verschiedene Schweizer Städte, wo er überall begeistert als der Mann gefeiert wurde, der in schwerer Zeit die Freiheit gegen die Tyrannei verteidigt hatte. In Bern war er Gast des Bundesrates, und in Zürich hielt er dann seine viel diskutierte Rede, in der er zur Bildung der „Vereinigten Staaten von Europa“ aufrief. Im Juni stattete sodann die Großherzogin Charlotte von Luxemburg mit ihrem Gemahl unserem Lande einen offiziellen Besuch ab, wobei sie in einer Radioansprache herzlich für die Hilfe dankte, die ihr im Kriege schwer geprüftes Land von Schweizerischen Organisationen erhalten hat.

Mit einem Seitenblick auf die stets gespannte internationale Lage sei an dieser Stelle auch kurz das militärische Gebiet berührt. Ob der Entwurf zu einem Bundesbeschluss über die Atomenergieforschung, den der Bundesrat im Juli veröffentlichte, mit dazu gehört, bleibe dahingestellt; jedenfalls aber wurde er durch die Diskussion um die Atombombe veranlasst. Erwähnt sei sodann, daß vom eidgenössischen Militärdepartement eine besondere Kommission zur Vorbereitung der Revision des Dienstreglements bestellt wurde, die mehrheitlich aus Offizieren, aber auch aus Unteroffizieren und Soldaten bestand und eingehende Vorschläge ausgearbeitet hat. Diese und andere Reformpläne standen in Zusammenhang mit der Diskussion, die im Anschluß an die Veröffentlichung des Generalsberichts in Versammlungen und in der Presse sehr ausgiebig geführt wurde und erst verstummte, als auch ein Bericht des Bundesrates zum Generalsbericht vorlag; beide Berichte

gelangten dann in der Märzsession der eidgenössischen Räte zur Behandlung und wurden genehmigt. Im übrigen ist mit dem Jahreswechsel 1946/47 die militärische „Pause“ zu Ende gegangen; die Waffen- und Kleiderinspektionen und die Wiederholungskurse haben wieder eingesetzt, und in der Junisession bewilligte das Parlament einen Kredit von 64 Millionen zum Ankauf von 75 Düsenflugzeugen englischer Konstruktion, sogenannten „Vampiren“, und der zugehörigen Munition. Endlich muß hier noch der monatelange Prozeß vor Divisionsgericht erwähnt werden, der die Internierung betraf, leider wenig rühmliche Verhältnisse aufdeckte, aber doch klärend und reinigend wirkte.

Auf politischem Gebiet standen wirtschafts- und sozialpolitische Fragen im Vordergrund. Statt der von vielen befürchteten Nachkriegsfrise erlebte unser Land, ähnlich wie die Vereinigten Staaten, eine Zeit wirtschaftlicher Hochkonjunktur mit ihren Sonnen- und Schattenseiten. Arbeitslosigkeit gab es keine; vielmehr herrschte in Industrie und Landwirtschaft ein fühlbarer Mangel an Arbeitskräften, was zu Lohn- und Preissteigerungen führte und den Bundesrat zu ernststen Warnungen vor Überspannungen veranlaßte. So wurde auch an die Kantone und Gemeinden appelliert, die öffentliche Bautätigkeit möglichst einzuschränken und die großen Bauvorhaben für flauere Zeiten mit steigenden Arbeitslosenziffern zurückzustellen. Wohl zum Teil im Hinblick auf die Möglichkeit neuer Arbeitskrisen hatte seinerzeit der Landesring der Unabhängigen auch die Initiative „Recht auf Arbeit“ eingereicht, die am 8. Dezember zur eidgenössischen Volksabstimmung kam, aber mit 524 000 Nein gegen 124 000 Ja abgelehnt wurde. Eine zweite, in der gleichen Richtung zielende sozialdemokratische Initiative „Wirtschaftsreform und Rechte der Arbeit“ wurde am 18. Mai mit 539 000 Nein gegen 244 000 Ja ebenfalls verworfen. Inzwischen hatte die Bundesversammlung eine Vorlage über die „Revision der Wirtschaftsartikel der Bundesverfassung“ bereinigt, die, teilweise unter Berücksichtigung der beiden Initiativen, im Rahmen des Möglichen neue Richtlinien setzt und für notwendig gewordene Eingriffe des Staates in die Wirtschaft die verfassungs-



„Dakota“, das verunfallte amerikanische Flugzeug auf dem Gauligletscher
Mitglieder der Rettungskolonne räumen den Schnee vom Flugzeugeingang.

Photopress, Zürich

mäßigen Grundlagen schafft. Ferner hatte das Parlament im Dezember auch das Bundesgesetz über die AHB., die Alters- und Hinterlassenenversicherung, verabschiedet, gegen das jedoch das Referendum ergriffen wurde. Für beide Vorlagen wurde dann der 6. Juli 1947 als Tag der Volksabstimmung festgelegt. Und nun erlaube man dem Chronisten, ausnahmsweise über das Ende des Berichtsjahres hinauszugreifen. Denn bis zur Drucklegung dieses Berichtes ist der Abstimmungstag vorbeigegangen, und er ist zu einem Ehrentag unserer Demokratie geworden! Bei einer in dieser Höhe nur sehr selten erreichten Stimmbeteiligung von rund 80 Prozent sind beide Vorlagen angenommen worden: die AHB.

mit 864 000 Ja gegen 216 000 Nein, wobei unter den Kantonen einzig Obwalden eine verwerfende Mehrheit aufwies, und die Wirtschaftsartikel mit 558 000 Ja gegen 495 000 Nein und mit 13 gegen 9 Standesstimmen. Mit dieser Doppelabstimmung hat sich das Schweizervolk einmal mehr zum sozialen Fortschritt und zur Verfassungsmäßigkeit bekannt.

Endlich sei hier, wenngleich nur mit wenigen Zeilen, einmal auch der Kunst gedacht. Denn auch auf diesem Gebiet sind außerordentliche Ereignisse zu verzeichnen, durch die unser kulturelles Leben bereichert worden ist. Dazu gehören einmal verschiedene Konzerte hervorragender ausländischer Orchester, von denen

jene Darbietungen, die unter der Leitung des weltberühmten italienischen Dirigenten Arturo Toscanini standen, musikalische Höhepunkte darstellten. Sodann hatte fast jede größere Schweizer Stadt bedeutende Ausstellungen ausländischer Kunst zu bieten, die nach den durch den Krieg erzwungenen Jahren des Abgeschlossenseins besonders dankbar aufgenommen wurden. Genannt seien lediglich die Luzerner Ausstellung der Ambrosiana-Sammlung aus Mailand, die Ausstellung venezianischer Kunst in Lausanne und diejenige berühmter Meisterwerke aus österreichischen Sammlungen in Zürich. Endlich sei auch die Verleihung des Nobelpreises für Literatur an Hermann Hesse erwähnt, eine verdiente Ehrung des feinsinnigen Dichters und Erzählers, die zugleich der Schweiz zur Ehre gereicht.

* * *

Zum Schluß erlaubt sich der Chronist noch ein Wort über außergewöhnliche Vorkommnisse, die man mit „Naturereignisse und Katastrophen“ überschreiben könnte. Dazu gehörte der überaus harte und lange Winter mit gewaltigen Schneefällen besonders in England, die dann im Frühling riesige Überschwemmungen zur Folge hatten. Das Gegenstück bildeten Hitzeperioden Ende Mai und Ende Juni, wo die höchsten bisher in diesen Monaten gemessenen Temperaturen registriert wurden. Im Laufe des Jahres traten auch verschiedene Vulkane in Aktion, von denen der Ätna mit seinen Lavamassen ganze Dörfer bedrohte. Am Walensee ereignete sich am 3. September ein gewaltiger Felssturz, der eine Flutwelle auslöste, die am gegenüberliegenden Ufer wie ein Sturm hauste. Im Wallis machte wochenlang ein „wildes Tier“ von sich reden, das Schafe zerriß, aber rätselhaft blieb wie die „Raketengeschoße“, die man im Sommer immer wieder besonders über Schweden gesehen haben will. Im November hielt der Absturz eines amerikanischen Dakotaflugzeuges auf dem Gauligletscher im Berner Oberland und die Rettung der zwölf Insassen nach fünf Tagen durch schweizerische Rettungskolonnen die ganze Welt in Atem. Sodann zeigten zahlreiche weitere Flugzeugabstürze, bei denen jedesmal zwanzig und mehr Menschen den Tod fanden, zeigte

ferner im April eine gewaltige, von einem Schiff ausgelöste Explosionskatastrophe in Texas-City, die an die Wirkung der Atombombe erinnerte, und zeigten die von den Engländern sorgfältig vorbereiteten Sprengungen auf der Insel Helgoland, deren Erschütterung in Neuenburg und sogar in Rom mit Meßinstrumenten registriert wurde, daß der technische Fortschritt auch seine dunklen Schattenseiten hat und daß das Zerstören immer noch leichter fällt als der Aufbau einer friedlichen Welt, wofür das Berichtsjahr ja leider genügend Beweise lieferte.

Kurz vor der Schlacht bei Waterloo wurde dicht bei den französischen Linien ein englischer Soldat gefangen genommen, der ein Tambour zu sein behauptete. Da man ihm nicht glaubte, wurde er zum Regimentskommandeur geschickt, der eine Trommel holen ließ und dem Gefangenen befahl, verschiedene Märsche und Signale zu trommeln. Der Engländer bewies, daß er nicht gelogen hatte, und zufriedengestellt verlangte der Oberst zuletzt noch das Rückzugssignal.

„Rückzugssignal?“ fragte der Engländer erstaunt; „ein Rückzugssignal gibt's im englischen Heere nicht!“

Der Franzose fand an der Antwort solchen Gefallen, daß er den Gefangenen frei ließ und mit einem Kompliment an seine Vorgesetzten zur englischen Linie zurücksandte.

Die zierliche Aufforderung

Im 17. Jahrhundert stand das Phrasentum in höchster Blüte, und es galt als Gipfel der Bildung, statt sich im Sprechen einfach und klar auszudrücken, mit großem Wortgeklänge die gekünsteltsten Umschreibungen zu gebrauchen. Ein heffischer Prokurator, der sich solch einer zierlichen Redeweise besonders befleißigte, wollte seiner Frau eines Abends sagen, daß die Uhr 9 geschlagen hätte und sie ins Bett gehen sollte. Er drückte sich aber in folgender Weise aus: „Du Hälfte meiner Seele, du mein ander Ich, meine Gehilfin, meine Augenlust: das gegossene Erz hat den neunten Ton von sich gegeben, erhebe dich auf die Säulen deines Körpers und verführe dich in das mit Federn gefüllte Gehäuse.“